

Wenn Preise „steigen“ und Märkte „beruhigt“ werden: Wie Sprache den Kapitalismus stabilisiert

REZENSENT:IN

Sarah Beran*

WERK

Sahner, Simon/Stähr, Daniel (2024).

Die Sprache des Kapitalismus.

Frankfurt am Main, Fischer Verlag. 300 Seiten. Gebundenes Buch. 24,70 EUR.

ISBN 978-3-10-397593-2

ZUSAMMENFASSUNG

Steigen Preise wirklich von alleine, oder werden sie erhöht? Sind Märkte eigenständige Lebewesen, die beruhigt werden müssen? Simon Sahner und Daniel Stähr zeigen in „Die Sprache des Kapitalismus“ auf, wie Metaphern, Redewendungen und scheinbar neutrale Begriffe das kapitalistische System rechtfertigen und stabilisieren. Von der Finanzkrise bis zur Klimakatastrophe zeigen die Autoren, wie politische und ökonomische Akteur:innen durch Sprache Verantwortung verschleiern, Alternativen unsichtbar machen und Ungleichheit neutralisieren. Die zentrale These: Sprache ist keine neutrale Beschreibung der Realität, sondern eine tragende Säule des Kapitalismus. Wer die Sprache kontrolliert, kontrolliert die Grenzen des Denkbaren. Ein lesenswertes Buch nicht nur für Ökonom:innen, sondern für alle, die ihre eigene Alltagssprache kritisch reflektieren möchten.

DOI

10.59288/wug514.325

* **Sarah Beran:** Arbeiterkammer Wien
Kontakt: sarah.beran@akwien.at

Was ist die Sprache des Kapitalismus?

Als Sprache des Kapitalismus bezeichnen die Autoren Sprachbilder und Metaphern, Redewendungen und Phrasen, Mythen, Erzählungen und auch einzelne Begriffe, mit denen ökonomische Zusammenhänge so beschrieben werden, dass sie Kapitalismus als Wirtschaftssystem und gesellschaftliche Ordnung rechtfertigen, fördern und aufrechterhalten. Diese Sprache ist so tief in unserem Wortschatz und unserem Alltag verankert, dass wir oft nicht merken, dass auch wir sie benutzen. In unzähligen Beispielen zeigen sie, dass das kapitalistische Narrativ Ungleichheiten, Umweltzerstörung und die Ausbeutung von Arbeitskräften rechtfertigt oder verschleiern, diejenigen verbirgt, die vom System profitieren, und alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle marginalisiert. Es fördert die Vorstellung, dass es keine Alternative zum Kapitalismus gibt, und wird genutzt, um die Klimakatastrophe zu ignorieren. Damit prägt das kapitalistische Narrativ wirtschaftliche und politische Entscheidungen sowie die Art und Weise, wie Menschen über sich selbst, ihre Arbeit und ihre Beziehungen denken. Das kapitalistische Narrativ ist, so die beiden Autoren, eine mächtige Erzählung, die tief in unserer Gesellschaft verwurzelt ist und deren wir uns nicht bewusst sind. Besonders Ökonom:innen, Politiker:innen und Journalist:innen rufen sie auf zu reflektieren, welche Sprache wir benutzen, und zu hinterfragen, ob wir wirklich etwas Natürliches und Unvermeidliches beschreiben: Steigen die Preise wirklich von selbst? Spoiler: Nein, sie werden erhöht.

Warum braucht es dieses Buch?

Die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen dem Ökonomen Daniel Stähr, der zu Narrative Economics promoviert, und dem Literatur- und Kulturwissenschaftler Simon Sahner prägt die methodische Herangehensweise des Werks. Den unterschiedlichen Hintergrund der beiden Autoren merkt man im Aufbau jedes Kapitels des Buches: Ökonomische Phänomene – von der Finanzkrise über die Energiepreiskrise bis zur Klimakatastrophe – werden einerseits in ihrem historischen Kontext verortet und andererseits sprachwissenschaftlich analysiert und dekonstruiert.

Dieser doppelte Zugriff erweist sich als zweischneidig: Während die sprachwissenschaftliche Analyse neue Perspektiven eröffnet, bleiben die ökonomischen Kontextualisierungen notwendigerweise komprimiert. Für ökonomisch versierte Leser:innen – insbesondere aus dem heterodoxen Spektrum – bieten sie im besten Fall eine Auffrischung verschiedener Theorien und Ansätze, während sie für Personen mit weniger ökonomischem Wissen sowohl zu wenig als auch zu viel sein könnten. Dennoch: Die sprachkritische Dimension macht das Werk für alle Leser:innen – insbesondere aber für Ökonom:innen – zu einer lohnenden Lektüre.

Die zentrale These der Autoren und gleichzeitig der Grund für das Buch ist, dass „die Sprache des Kapitalismus eine Säule des Kapitalismus“ ist (285). Die beiden Autoren legen klar dar, dass sie das kapitalistische System für fehlerhaft halten. Sich mit der Sprache des Kapitalismus auseinanderzusetzen und sie zu verstehen, trägt dazu bei, den Kapitalismus selbst zu hinterfragen, Alternativen zu entwerfen und schlussendlich den Kapitalismus zu überwinden, so die Autoren.

Die Idee an sich ist freilich keine neue. Antonio Gramsci (1891–1937) entwickelte vor rund 100 Jahren das Konzept der kulturellen Hegemonie. Seine Kernaussage ist, dass Herrschaft nicht nur durch Zwang und Gewalt, sondern vor allem durch Konsens und kulturelle Kontrolle ausgeübt wird. Er zeigt damit, wie Machtstrukturen subtil und langfristig durch kulturelle Prozesse aufrechterhalten werden. Die Sprache ist dabei ein Instrument, durch das die dominante Klasse ihre Weltanschauung als allgemeingültig etabliert.

Um diese These der beiden Autoren zu stützen, lohnt sich ein Blick in das Buch „Frei. Erwachsenwerden am Ende der Geschichte“ von Lea Ypi (2022). Ihre Analyse des albanischen Systemwechsels – vom isolierten kommunistischen Staat zum kapitalistischen System nach 1990 – offenbart einen bemerkenswerten Befund: „Bevor der Staat sich auflöste, löste sich die Sprache auf“ (ebd., 152). Begriffe wie „Diktatur des Proletariats“, „Bourgeoisie“ und „Klassenkampf“ gehörten plötzlich nicht mehr zum öffentlichen Diskurs oder dem Vokabular der Menschen. Der Kommunismus verschwand nicht nur als politisches System, sondern auch „als gedankliche Kategorie“. Diese Beobachtung verdeutlicht, dass Sprache nicht lediglich ein neutrales Werkzeug zur Beschreibung ökonomischer Systeme ist, sondern vielmehr konstitutiv für diese Systeme selbst. Ohne die entsprechende Sprache werden bestimmte Gesellschaftsentwürfe buchstäblich undenkbar. Der Verlust der sozialistischen Begriffswelt machte es unmöglich, Alternativen zum entstehenden kapitalistischen System auch nur zu formulieren. Diese Erfahrung unterstreicht die zentrale These, dass die Sprache des Kapitalismus eine tragende Säule des Systems darstellt – wer die Sprache kontrolliert, kontrolliert auch die Grenzen des Denkbaren.

Es existieren bereits viele kognitionswissenschaftliche Bücher über Mechanismen politischer Sprache wie beispielsweise Elisabeth Wehlings „Politisches Framing“ (2016). Sie untersucht darin die Grundlagen und die weitgehend unbewusste Wirkung verschiedener Neologismen wie beispielsweise „Flüchtlingswelle“, „Flüchtlingsstrom“, „Mindestlohn“, „Steuer-oase“, „Steuer-sumpf“ und „Klimawandel“. Im Gegensatz dazu leistet das vorliegende Buch eine Art Pionierarbeit in der systematischen Analyse kapitalistischer Sprachmuster. Die Autoren demonstrieren, dass diese Muster „Realitäten nicht nur beschreiben, sondern sie auch schaffen“ (10) – und damit das kapitalistische System selbst stabilisieren.

Naturkatastrophen als Metaphern, die Verantwortung verschleiern

Eines der Sprachmuster des Kapitalismus ist die systematische Verwendung von Naturkatastrophen-Metaphern für ökonomische Prozesse. Wenn Politiker:innen und Ökonom:innen von einem „Energie-Tsunami“ sprechen, der Europa bedroht, oder einen „perfekten Sturm“ auf den Finanzmärkten beschwören, geschieht dies nicht zufällig. Diese Metaphern, so zeigen die Autoren, „dienen nicht nur einer bildlichen Vereinfachung eines komplexen Sachverhalts, sondern sind sprachliche Instrumente, um die Wahrnehmung des Publikums zu beeinflussen“ (34).

Die Logik dahinter ist perfide: Naturkatastrophen treffen alle gleichermaßen, niemand trägt Schuld an ihrem Auftreten, und gegen sie kann man sich nur schützen, sie

aber nicht verhindern. Übertragen auf wirtschaftliche Krisen erfüllen diese Metaphern drei zentrale Funktionen: Sie verschieben Verantwortung weg von konkreten Akteur:innen und Institutionen, sie bereiten die Bevölkerung auf unpopuläre Maßnahmen wie Sozialabbau vor, und sie verschleiern vorhandene Handlungsalternativen.

Die Energiekrise nach Russlands Angriff auf die Ukraine illustriert diesen Mechanismus eindrücklich. Wenn von einem „Inflations-Tsunami“ die Rede war, der über Deutschland oder Österreich hereinbrach, suggerierte dies eine schicksalhafte Unvermeidbarkeit. Dabei gab es durchaus politische Handlungsoptionen: Ein Preisdeckel auf Gas und Energie hätte die Inflationsspirale frühzeitig durchbrechen können. Zudem verschleiern die Tsunami-Metapher, dass es nicht nur Verlierer:innen gab – Energiekonzerne erzielten historische Übergewinne, deren Umverteilung politisch hätte diskutiert werden können.

Sprachbilder, die Machtstrukturen verfestigen

Die vielleicht perfideste sprachliche Verdrehung des Kapitalismus findet sich direkt vor unseren Augen: in den Begriffen Arbeitnehmer:in und Arbeitgeber:in. Wer seine Arbeitskraft und damit einen Großteil seiner Lebenszeit zur Verfügung stellt, wird als „Nehmer:in“ bezeichnet. Wer diese Arbeitskraft gegen Geld einkauft und davon profitiert, heißt „Geber:in“. Die Autoren zeigen, wie diese sprachliche Umkehrung die tatsächlichen Machtverhältnisse verschleiern.

Logisch betrachtet müsste es genau andersherum sein: Menschen geben ihre Arbeitskraft, Unternehmen nehmen sie. Interessanterweise verwenden Ökonom:innen in ihren Modellen auch die treffenderen Begriffe „Arbeitsangebot“ auf der Seite der Arbeiter:innen und „Arbeitsnachfrage“ auf der Seite der Unternehmen. Doch in der Alltagssprache hat sich die verdrehte Version durchgesetzt – mit weitreichenden Folgen. Arbeitnehmer:innen erscheinen als Bittsteller:innen, die dankbar sein sollten, dass ihnen Arbeit „gegeben“ wird. Dass Unternehmen ohne die Arbeitskraft ihrer Beschäftigten keinen Mehrwert erwirtschaften könnten, verschwindet hinter dieser sprachlichen Fassade.

Diese Verkehrung ist kein Zufall, sondern erfüllt eine ideologische Funktion: Sie macht aus strukturellen Abhängigkeiten individuelle Defizite. Wer keine Arbeit findet, hat sich nicht genug angestrengt. Wer wenig verdient – und auch hier zeigt sich die moralische Aufladung der Sprache, denn wir sagen „verdienen“ statt neutral „erhalten“ –, dessen Leistung ist eben nicht mehr wert. Die systemischen Bedingungen des Arbeitsmarktes werden unsichtbar gemacht zugunsten einer Erzählung individueller Verantwortung.

Noch grundlegender zeigt sich die kapitalistische Prägung unserer Sprache im Arbeitsbegriff selbst. Wer von „Arbeit“ spricht, meint fast automatisch Lohnarbeit. Hausarbeit, Care-Arbeit, ehrenamtliches Engagement – all das verschwindet hinter einem verengten Arbeitsbegriff, der nur umfasst, was bezahlt wird. Die Autoren weisen darauf hin, dass vor allem feministische Ökonom:innen diese sprachliche Verengung kritisieren. Denn sie macht einen Großteil der gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten unsichtbar und wertet sie ab. Was nicht bezahlt wird, gilt nicht als „richtige“

Arbeit – obwohl Menschen den Großteil ihrer täglichen Arbeitsleistung unbezahlt erbringen. Diese sprachliche Hierarchisierung stabilisiert Machtverhältnisse: Die bezahlte Arbeit, die in der kapitalistischen Logik funktioniert, erscheint als höherwertig und legitimiert damit auch höhere gesellschaftliche Anerkennung und Macht.

Wie sehr Sprache unsere Wahrnehmung von Machtverhältnissen prägt, zeigt sich auch am anderen Ende der Vermögensskala. Wenn Medien spekulieren, ob Elon Musk der erste Billionär der Geschichte wird, klingt das nach Erfolgsgeschichte. Dabei sind die Dimensionen kaum fassbar: Eine Million Sekunden sind etwa 12 Tage, eine Milliarde Sekunden sind 32 Jahre, eine Billion Sekunden wären 32.000 Jahre. Ab 100 Millionen Euro gilt jemand in Deutschland als „superreich“ – ein Begriff, der fast bewundernd klingt. Martin Schürz prägte deshalb bewusst den Begriff „Überreichtum“ (2019), der sofort die Frage nach Legitimation aufwirft: Wie viel ist zu viel? Die Autoren plädieren dafür, diese sprachliche Intervention ernst zu nehmen und sich auch selbst zu fragen: Wollen wir zukünftig von reichen, superreichen oder überreichen Menschen sprechen und schreiben?

Die Rolle der Politik: Alternativlosigkeit als Herrschaftsinstrument

Politiker:innen erzählen ständig die gleichen Geschichten – kommt uns das nur so vor oder ist das so? Politische Akteur:innen greifen immer und immer wieder auf dieselben sprachlichen Strategien zurück. Krisen werden als Werk einzelner „schwarzer Schafe“ dargestellt, das System selbst bleibt sakrosankt. Diese Rhetorik verschleiern, dass nicht Einzelne das System missbrauchen, sondern die Strukturen selbst die Krisen hervorbringen.

Am wirkmächtigsten ist dabei Margaret Thatchers berühmtes „There is no alternative“. Dieses Märchen der Alternativlosigkeit legitimiert nicht nur Sozialabbau und Rentenkürzungen, sie naturalisiert den Kapitalismus als einzig mögliche Wirtschaftsform. Die Botschaft ist klar: Mit den Schwächen müssen wir leben, denn anders geht es nicht.

Parallel charakterisieren Politiker:innen Märkte als quasinatürliche Lebewesen, die im Zweifelsfall beruhigt werden müssen und eigenständig zu optimalen Lösungen finden. Markteingriffe erscheinen in dieser Logik als temporäre Notmaßnahmen, die den natürlichen Zustand stören. Märkte sind aber keine vom Staat unabhängigen Entitäten, sondern organisieren Tauschverhältnisse zwischen Anbietenden, Nachfragenden und einer dritten Instanz, die Regeln durchsetzt – eben dem Staat selbst. Die Existenz von Institutionen wie dem Kartellamt beweist, dass Märkte keineswegs selbstregulierend funktionieren. Dennoch ermöglicht die künstliche Trennung von Staat und Markt den Profiteur:innen des Systems, gegen höhere Steuern oder stärkere Regulierung mit dem Verweis auf die vermeintliche Überlegenheit „freier Märkte“ zu argumentieren.

Auch Armut wird durch Sprache entpolitisiert. Wer arm ist, gilt als Ausnahme im ansonsten funktionierenden System – selbst schuld durch „fehlende Leistungsbereitschaft“. Dass Armut und Reichtum zusammenhängen, wie Brecht es formulierte („Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich“), verschwindet hinter der Individualisierung.

So entziehen sich Politiker:innen ihrer Verantwortung für Wohnungsnot oder Deregulierung. Erfolge werden der eigenen Politik zugeschrieben, Misserfolge zu bedauerlichen Einzelfällen erklärt oder als temporäre Abweichungen verharmlost. Die Sprache wird zum perfekten Werkzeug politischer Verantwortungslosigkeit.

Weitere Sprachmuster des Kapitalismus

Die Autoren dekonstruieren im Buch zahlreiche weitere Begriffe und Metaphern, die unser ökonomisches Denken prägen. Das „Unternehmergenie“ (172) perpetuiert den Mythos „vom Tellerwäscher zum Millionär“ – eine Erzählung, die ausblendet, dass Erfolg auf Sozialstaat, Förderungen und der Arbeit anderer beruht. Wer scheitert, hat sich eben nicht genug angestrengt. „Humankapital“ (229) reduziert Menschen auf Produktionsfaktoren, ihre Gesundheit und Lebensqualität werden irrelevant. Der Begriff „Entwicklungshilfe“ (230) suggeriert europäische Großzügigkeit und verschweigt koloniale Ausbeutung und deren Folgen bis heute.

Seit rund zehn Jahren begegnen uns besonders häufig die Krisen-Metaphern: Die „Preisexplosion“ (37) suggeriert Unumkehrbarkeit – man könne nur noch Trümmer beseitigen. Deutschland als „kranker Mann“ (42 f.), der eine „Schocktherapie“ (Hartz IV) braucht, macht Sozialabbau zur medizinischen Notwendigkeit. Der „perfekte Sturm“ (49), von Oliver Blanchard für die Finanzkrise 2007/2008 geprägt, verschleiert die Verantwortungskette der Akteur:innen hinter einem Naturereignis. „Rettungsschirm“ und „too big to fail“ verbergen Machtverhältnisse hinter technokratischen Floskeln.

Im Kontext der Klimakrise wirkt „Technologieoffenheit“ (14, 245) besonders verhängnisvoll: Sie suggeriert, die größten Herausforderungen lösten sich von selbst, wenn die Politik die Märkte nur machen ließe. „Green Growth“ (243) verspricht Wachstum ohne ökologische Kosten. Selbst „Freizeit“ (16) ist ideologisch aufgeladen – als sei die Zeit außerhalb der Lohnarbeit wirklich frei verfügbar.

Das Buch analysiert diese und viele weitere Beispiele detailliert. Wer die vollständige Dekonstruktion dieser Begriffe und die Fülle weiterer Sprachmuster verstehen will, muss zum Buch selbst greifen.

Fazit

„Die Sprache des Kapitalismus“ von Simon Sahner und Daniel Stähr ist ein wichtiger Beitrag zur kritischen Reflexion darüber, wie wir über wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge sprechen. Die zentrale These – dass Sprache nicht nur beschreibt, sondern Realitäten schafft und damit eine tragende Säule des kapitalistischen Systems darstellt – wird überzeugend dargelegt. Die Autoren zeigen systematisch, wie Metaphern von Naturkatastrophen Verantwortung verschleiern, wie die Konstruktion von Märkten als eigenständige Entitäten politische Handlungsoptionen unsichtbar macht und wie die Individualisierung von Armut und Erfolg strukturelle Ungleichheiten verschleiert.

Das Buch richtet sich allerdings an eine spezifische Leserschaft: Menschen, die den Kapitalismus bereits grundsätzlich hinterfragen. Wer nicht schon mit einer

kritischen Haltung an das Werk herangeht, könnte von der Fülle der Themen und ihrer Verflechtung überfordert sein. Die Sprünge zwischen Finanzkrise, Klimakatastrophe, Arbeitsmarkt, Laffer-Kurve, Gebrauchtwagenmarkt, Ungleichheit und Kolonialismus verlangen Vorwissen und politisches Interesse. Für die kapitalismuskritische Zielgruppe wiederum bieten die ausführlichen wirtschaftsgeschichtlichen Passagen oft bereits Bekanntes – willkommene Auffrischungen heterodoxer Theorien –, aber wenig Neues. Stellenweise ist das Buch langatmig und repetitiv, doch es lohnt sich dranzubleiben: Zwischen den Wiederholungen tauchen immer wieder neue Beispiele und erhellende Analysen auf. Die eigentliche Stärke liegt in der sprachwissenschaftlichen Analyse, die auch für ökonomisch Versierte neue Perspektiven eröffnet.

In einer Zeit, in der die Klimakatastrophe als Herausforderung verniedlicht wird, in der von „steigenden“ statt erhöhten Preisen die Rede ist und in der Alternativen zum Kapitalismus sprachlich unsichtbar gemacht werden, leistet dieses Buch wichtige Aufklärungsarbeit. Es erinnert daran, dass die Frage nach dem richtigen Wort immer auch eine Frage nach Macht, Verantwortung und gesellschaftlicher Gestaltung ist. Kurz gesagt, es sensibilisiert für die Macht der Worte und lädt ein, die eigene Sprache kritisch zu hinterfragen – besonders relevant für alle, die in Medien, Politik oder Wissenschaft tätig sind.

LITERATUR

Schürz, Martin (2019). Überreichtum. Wien, Campus Verlag. ISBN 978-3-593-51145-0.

Wehling, Elisabeth (2016). Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Köln, Herbert von Halem Verlag. ISBN 978-3-86962-208-8.

Ypi, Lea (2022). Frei. Erwachsenwerden am Ende der Geschichte. Suhrkamp. ISBN 978-3-518-43034-7.

